

Niederschrift

**über die 38. Sitzung der Pflegekonferenz am 27. November 2013
im Rathaus**

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 8. Mai 2013
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Kommunale Pflegeplanung
Vorstellung Bauprojekte (Pflegeeinrichtung)
 - Neubau Seniorenzentrum „An der Rotdornstraße“
 - Umbaumaßnahme Altenzentrum St. Hubertusstift
Angebote für junge erwachsene Pflegebedürftige – „Junge Pflege in Düsseldorf“
- 5 Bericht zur Pflegesituation in Düsseldorf
- 6 Modellprojekt „Interventionsstrategien gegen Gewalt in der Pflege“
- 7 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 2012
- 8 Bericht aus den Arbeitsgruppen
- 9 Verschiedenes

1 Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung

Frau Giersch begrüßt die Anwesenden und informiert darüber, dass Herr Hintzsche und Herr Buschhausen wegen anderer kurzfristiger Terminverpflichtungen leider nicht an der Sitzung teilnehmen können und sich entschuldigen lassen.

Sie stellt Frau Ada Hartmann als neues Mitglied der Pflegekonferenz vor. Sie wird ab sofort die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Pflegekonferenz vertreten.

Als Gastreferentinnen werden Frau Marisa Möller und Frau Christiane Hantke von PRO TALIS Seniorenzentren zu TOP 4 zur Vorstellung des Neubauprojektes Seniorenzentrum „An der Rotdornstraße“ begrüßt.

Weiter wird zu TOP 4 Herr Dr. Reinhold Hahlhege von der Hahlhege Gesellschaft für Projektsteuerung & Controlling begrüßt. Er wird zusammen mit Herrn Schlaghecken vom Caritasverband Düsseldorf e. V. die Umbaumaßnahme des Altenzentrums St. Hubertusstift vorstellen.

Herr Jan Esterhues vom Amt für Statistik und Wahlen wird als Referent zu TOP 5 begrüßt.

Weiterhin wird Frau Dr. Britta Gahr vom Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Düsseldorf als Referentin zu TOP 6 begrüßt.

Frau Giersch kündigt anschließend an, dass Herr Heinz-Werner Schuster (Mitglied der Pflegekonferenz) unter TOP 4 über Angebote für junge erwachsene Pflegebedürftige – „Junge Pflege in Düsseldorf“ berichten wird. Weiterhin wird er unter TOP 7 den Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 2012 vorstellen.

Die Tagesordnung wird von den Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmern anerkannt.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 8. Mai 2013

Das Protokoll der Sitzung vom 8. Mai 2013 wird einstimmig anerkannt.

3 Mitteilungen der Verwaltung

Veranstaltungsreihe „Pflege aktuell“

Herr Dölling berichtet über die Veranstaltungsreihe „Pflege aktuell“. Es handele sich hierbei um eine Veranstaltungsreihe des Pflegebüros im Rahmen der Kooperation des Amtes für soziale Sicherung und Integration und der AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse, der Betriebskrankenkasse Essanelle, der BARMER GEK sowie der Techniker Krankenkasse. Ziel dieser Kooperation sei es, eine umfassende und wohnortnahe Beratung sicherzustellen und die Beratungsangebote stärker zu vernetzen.

Im Zeitraum von Juni bis September hätten Informationen zum Thema Demenz im Mittelpunkt der Veranstaltung gestanden. Neben grundlegenden Informationen zum Krankheitsbild seien viele Tipps gegeben worden. Beispielsweise sei darüber informiert worden, wie der Alltag verbessert werden kann und welche entlastenden Angebote es gibt.

Das Demenz-Servicezentrum Region Düsseldorf habe Lösungsansätze vorgestellt und Hilfen aufgezeigt.

Seit Oktober 2013 bis Februar 2014 stünden Fragen rund um die Kosten und Finanzierung eines Heimplatzes im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe. Fragen hinsichtlich der Kosten eines Heimplatzes, welche Beträge die Pflegeversicherung zahlt, was sei, wenn die Rente und das Vermögen nicht ausreiche und wie viel Geld dem Ehepartner bleibe, würden beantwortet. Veranstaltungsort sei jeweils ein „zentrum plus“ in Golzheim, Bilk, Altstadt und Friedrichstadt mit dessen freundlicher Unterstützung die wohnortnahe Beratung erfolge.

Herr Dölling kündigt an, dass sich das Pflegebüro und die Pflegekassen ab März 2014, aufgrund der großen Resonanz in 2012, im Rahmen dieser Veranstaltung noch einmal mit Fragen zum Schwerbehindertenausweis befassen werden. Sie werden unter anderem über die Merkzeichen und die entsprechenden Vergünstigungen informieren. Auch die Beantragung oder Verlängerung eines Schwerbehindertenausweises sei möglich. Die Teilnahme an den Informationsveranstaltungen sei kostenfrei und eine Anmeldung nicht erforderlich.

Veranstaltungsreihe „Älter werden in Düsseldorf“

Des Weiteren berichtet Herr Dölling, dass am 14. März im Rahmen der Reihe „Älter werden in Düsseldorf“, organisiert vom Seniorenreferat des Amtes für soziale Sicherung und Integration in Kooperation mit der Volkshochschule Düsseldorf, eine Veranstaltung zum Thema „Mehr Unterstützung für Sterbende - Palliativversorgung in Düsseldorf“ stattfindet. Frau Dr. Susanne Hirmüller vom Hospiz am Evangelischen Krankenhaus informiere an diesem Nachmittag über die ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten sterbender Menschen. Am Ende der Veranstaltung stehe die Referentin für Fragen zur Verfügung.

Die Veranstaltung im Weiterbildungszentrum am Bertha-von-Suttner-Platz finde von 15 bis 17 Uhr statt. Sie sei kostenfrei, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Aktionswochen Demenz

Frau Giersch informiert, dass im September in Düsseldorf zum vierten Mal die Aktionswochen Demenz stattfanden, die vom Demenz-Servicezentrum Region Düsseldorf organisiert wurden. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt auf Prävention und Aktivität bei Demenz.

Das Motto der Veranstaltungen im Rahmen der Aktionswochen lautete „Rezepte für mehr Lebensfreude“.

Die über 100 Veranstaltungen beinhalteten Lesungen, Filme, Theaterstücke, Ausstellungen, Gottesdienste, Kreativangebote, Fachtagungen und Vorträge. Sie richteten sich an Menschen mit Demenz, betreuende und pflegende Angehörige, professionell Helfende, Ehrenamtliche, Ärztinnen und Ärzte und boten vielfältige Möglichkeiten, sich mit dem Krankheitsbild Demenz auseinanderzusetzen. Frau Giersch bedankt sich bei allen Akteurinnen und Akteuren, die an den Veranstaltungen mitgewirkt haben.

Veranstaltung am 11. September zur Unterstützung und Entwicklung des „Werdenfelser Weges“

Herr Schuster berichtet über die Veranstaltung.

Der Bericht ist als Anlage 1 beigefügt.

Frau Giersch betont, wie kritisch derzeit über das Thema Fixierung in Altenpflegeeinrichtungen durch die Presse berichtet werde. Hieraufhin geht Herr Schlaghecken auf Pres-

semeldungen ein, nach denen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter die erforderlichen Mittel für die Kontrolle auch von Pflegeeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Im Fokus der Prüfungen stehe insbesondere der Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen von Bewohnerinnen und Bewohnern von Altenpflegeeinrichtungen. Er vertritt die Auffassung, dass sich noch zeigen werde, wie effektiv die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter vor dem Hintergrund der bundesweit gesehen eher geringen Kapazitäten diesen Bereich prüfen können. Er beantragt, dass das Gremium dem Ministerium übermittelt, welches verzerrete Bild über die Situation in Pflegeeinrichtungen die derzeitige Diskussion auf das Stimmungsbild beziehungsweise den Gesamteindruck einer Vielzahl von Menschen zur Folge hat.

Frau Giersch stellt diesen Vorschlag zur Diskussion.

Frau Dr. Hemmer berichtet von der guten Zusammenarbeit des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) Bereich Nordrhein und der Heimaufsicht, die zu diesem Thema die fachlich geeignete Instanz seien. Bereits jetzt unterlägen die Pflegeeinrichtungen einer intensiven Überprüfung. Dabei liege ein besonderer Schwerpunkt auf dem Umgang mit freiheitseinschränkenden und -entziehenden Maßnahmen. Frau Kussel hält die Berichterstattung, die Pflegeeinrichtungen in einem Atemzug mit Folter nennt, für imageschädigend. Gerade in einer Zeit, in der es ein großes Anliegen sei, junge Menschen für die auch gesellschaftlich wichtige Arbeit in der Pflege zu gewinnen, sei ein solches Negativbild sehr kontraproduktiv. Nach einem kurzen Meinungs austausch wird der Vorschlag von Herrn Schlaghecken befürwortet.

(Anmerkung: Herr Hintzsche hat als Vorsitzender der Pflegekonferenz Düsseldorf mit Schreiben vom 13. Dezember 2013 an das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen diesen Vorschlag des Gremiums umgesetzt. Das Antwortschreiben des Justizministeriums vom 2. Januar 2014 ist als Anlage 2 beigefügt.)

Sachstand zum geplanten Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (MGEPA NRW)

Herr Schuster berichtet.

Der Bericht ist als Anlage 3 beigefügt.

4 Kommunale Pflegeplanung

Vorstellung Bauprojekt (Pflegeeinrichtung)

- Umbaumaßnahme Altenzentrum St. Hubertusstift

Herr Schlaghecken vom Caritasverband Düsseldorf e. V. erläutert, dass der Caritasverband Düsseldorf e. V. als Träger von acht stationären Altenhilfeeinrichtungen auf der Basis der veränderten Wohnansprüche, der landespflegegesetzlichen Vorgaben, die bis 2018 erfüllt sein müssten sowie der denkmalrechtlichen Auflagen vor einer großen Aufgabe stehe, die Bestandsbauten in eine den Erfordernissen entsprechende Form umzubauen. Die Umbaumaßnahme Altenzentrum St. Hubertusstift zeige beispielhaft, welche Herausforderungen zu bewältigen seien.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellt Herr Dr. Hahlhege, Hahlhege Gesellschaft für Projektsteuerung & Controlling, das Umbauprojekt anschließend vor. Er berichtet

einleitend von der Historie des Gebäudes, welches in den Jahren 1709 bis 1712 erbaut wurde. Der Umbau sei geprägt durch die Besonderheiten des Hauses. Beispielsweise befänden sich die einzelnen Etagenbereiche auf unterschiedlichem Höhenniveau und es gäbe einen Gewölbekeller. Der Referent betont die Qualitätsmerkmale der derzeitigen Situation, wie die gute Anbindung durch innerstädtische Verkehrsachsen, die Kapelle mit regelmäßiger Nutzung für katholische und evangelische Gottesdienste sowie den geschützten Gartenbereich mit großzügigem Innenhof, der auch Synergie-Effekte für Mieter des betreuten Wohnens biete.

Herr Dr. Hahlhege beschreibt anschließend den Umbau in den bestehenden Strukturen des laufenden Betriebes, durch Abtrennung einzelner Etagen. Ziel sei, neben der Umsetzung der baulichen Anforderungen aus den landespflegegesetzlichen Vorgaben, die Verbesserung der Pflegeorganisation durch Optimierung der Arbeitsabläufe und die Erhöhung der Attraktivität für die Bewohnerinnen und Bewohner. Hierzu sei die Schaffung jeweiliger Bereichsküchen und Gemeinschaftsräume ebenso vorgesehen wie die individuelle Gestaltung der Zimmereingangsbereiche. Weiterhin würde ein Lichtkonzept, bei dem Deckenhohlräume für indirektes Licht sorgen, Lichtleisten am Boden eine Linienführung erzielen und Tageslicht durch die Lichtsituation vorgetauscht würde, zur Verbesserung der Atmosphäre beitragen.

Im Anschluss beantworten Herr Dr. Hahlhege und Herr Schlaghecken Fragen aus dem Gremium. Sie erläutern unter anderem, dass

- der Umbau in drei bis vier Schritten innerhalb eines dreiviertel Jahres erfolge,
- der Bereich des betreuten Wohnens von der Maßnahme nicht tangiert werde,
- die Fragestellung der Signalsysteme noch nicht im Detail geklärt sei,
- der Zugang zum geschützten Innenhof an der Pforte vorbei führe und damit den Weglaufschutz sicherstelle,
- eine große Räumlichkeit, nämlich das Bewohnercafé, für Gemeinschaftsaktivitäten zur Verfügung stehe und innerhalb der drei Wohnbereiche gemäß Wohnbereichskonzept weitere Aufenthaltsbereiche geplant seien.

Frau Giersch dankt für die Darstellung dieses Umbauvorhabens und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung.

Die Folienpräsentation des Umbauvorhabens ist als Anlage 4 beigefügt.

- **Neubauprojekt Seniorenzentrum „An der Rotdornstraße“**

Frau Möller und Frau Hantke von den PRO TALIS Seniorenzentren stellen das Neubauprojekt mit einer Power-Point-Präsentation vor. Frau Möller berichtet von den zehn überregionalen Seniorenwohntzentren, die das Familienunternehmen PRO TALIS innerhalb der letzten zehn Jahre aufgebaut habe. Drei weitere Einrichtungen befänden sich in der Bauphase. Das Seniorenzentrum „An der Rotdornstraße“ würde am 1. Februar 2014 mit 90 Pflegeplätzen eröffnet. Der große Vorteil des Neubauprojektes läge in der flexiblen Planbarkeit der Einrichtung. Die Einzelzimmerquote könne somit mit 78 Einzel- und sechs Doppelzimmern gut umgesetzt werden. Die Einrichtung werde über eine eigene Wäscherei und eine eigene Großküche mit offener Cafeteria verfügen. Mahlzeiten in der Cafeteria und die Teilnahme an Veranstaltungen stünden den Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier ebenfalls offen. Zusätzlich verfüge jede Wohngruppe über eine eigene Wohnküche. Eine Spezialisierung auf vier Demenz-Wohngruppen sei vorgesehen. Die Referentin betont, dass gezielt ein Grundstück in innerstädtischer Lage gesucht worden sei, damit die Bewohnerinnen und Bewohner am Leben im Quartier teilnehmen könnten. Die Pflegeappartements würden die gesetzlichen Mindestgrößen übersteigen

und verfügten alle über ein eigenes Bad mit WC und Dusche. In den unterschiedlichen Ebenen der Einrichtung entstünden viele Gemeinschaftsflächen. Außenbereiche, Dachterrassen, ein Winter- und ein Sinnesgarten würden viele Sitz- und Verweilflächen anbieten. Ein großes Kreativzimmer zum Basteln und Handwerken werde ebenfalls eingerichtet.

Laut Frau Möller errichtet PRO TALIS gerne ein zweites Haus in der jeweiligen Gemeinde, wenn die Nachfrage entsprechend hoch sei. In Walsrode, Haselünne, Rheine und Marl gebe es bereits jeweils zwei Seniorenwohneinrichtungen und in Werne sei eine zweite Einrichtung in Planung. Das Familienunternehmen könne sich auch eine zweite Einrichtung in Düsseldorf vorstellen, wenn ein entsprechender Bedarf bestehe.

Anschließend beantworten Frau Möller und Frau Hantke Fragen der Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer.

- Die Kostenstruktur in der Einrichtung sei voraussichtlich nicht teurer als in vergleichbaren Senioreneinrichtungen vor Ort. Durch die familiären Strukturen des Unternehmens, einen zentralen Einkauf aller Standorte sowie zentraler Personal- und Finanzbuchhaltung durch das Head-Office in Meppen könne kostengünstig gewirtschaftet werden.
- Die Mitarbeitergewinnung verlaufe positiv. PRO TALIS bilde in allen Bereichen, bis hin zur Einrichtungsleitung, aus, halte außerdem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für sehr wichtig und sehe durch die zunehmende Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Entspannung der Personalsituation. Eine Einrichtungsleitung und eine Pflegedienstleitung aus Düsseldorf konnten bereits gewonnen werden.
- Zur Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei Netzwerkarbeit vorgesehen, wie zum Beispiel eine Einladung von Seniorenbeiräten.
- Der Bereich der „jungen Pflegebedürftigen“ könne bei Bedarf auch in den Wohngruppen angeboten werden. Das Wohngruppenkonzept sei diesbezüglich sehr hilfreich, um auf Bedarfe reagieren zu können.

Frau Giersch dankt für die Darstellung dieses Neubauvorhabens und wünscht auch PRO TALIS viel Erfolg bei der Umsetzung der Planung.

Die Folienpräsentation des Neubauvorhabens ist als Anlage 5 beigefügt.

Angebote für junge erwachsene Pflegebedürftige – „Junge Pflege in Düsseldorf“

Herr Schuster trägt zum Thema vor.

Der Bericht ist als Anlage 6 beigefügt.

Frau Giersch dankt für die detaillierten Ausführungen.

Ratsfrau Zepuntke regt an, dass die vorgestellten Daten dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS) zugeleitet werden. Sie erkundigt sich, in welchem Umfang Anfragen nach Plätzen in der „jungen Pflege“ bei der Heimaufsicht beziehungsweise dem Pflegebüro eingehen und ob diese Nachfrage bedient werden könne.

Frau Giersch sichert zu, dass die vorgestellten Daten an den AGS weitergeleitet werden. Bezüglich der Bedarfe in der „jungen Pflege“ schätzt Frau Wittfeld die Anfragen im Pflegebüro mit 10 bis 15 Anfragen jährlich als gering ein. Datenmaterial aus ganz Nordrhein-Westfalen stehe dem Pflegebüro zur Verfügung, so dass, je nach individuellem, sehr unterschiedlichem Bedarf, vermittelt werden könne. Herr Schuster fügt an, dass die Datensituation aus Düsseldorf sich mit den landesweiten Daten decke. Die zentrale Frage

in diesem Bereich sei, was die jeweilige Einrichtung im individuellen Fall leisten könne. So käme es, dass rund 40 Prozent der Plätze in der „jungen Pflege“ in Düsseldorf von auswärtigen Pflegebedürftigen genutzt würden, weil gerade ihre persönlichen Bedarfe in Düsseldorf gedeckt würden. Herr Hunstiger berichtet von seltenen, aber im Einzelfall sehr drängenden Anfragen. Hierbei stelle es ein Hauptproblem für Familien dar, dass die Spezialeinrichtungen in der Regel weit vom Wohnort entfernt lägen.

Es besteht Einigkeit, dass die Mitglieder der Pflegekonferenz die Ausweitung um weitere 19 Plätze für die Pflege und Betreuung von „jungen“ Menschen im Alloheim Pflege-Residenz Kruppstraße begrüßen, so dass der Betreiber zukünftig über 50 Plätze in diesem Bereich verfügen würde.

Frau Egidy begrüßt, dass mit dem novellierten Wohn- und Teilhabegesetz davon auszugehen sei, dass mit diesen Änderungen Impulse für die Bildung von ambulant betreuten Wohngruppen gesetzt würden. Wie von Herrn Schuster dargelegt, sei deshalb gut vorstellbar, dass diese Betreuungsform für spezifische Gruppen sich auch im Bereich der pflegerischen Versorgung von „junger Pflege“ entwickeln könne.

5 Bericht zur Pflegesituation in Düsseldorf

Herr Esterhues vom Amt für Statistik und Wahlen stellt den Bericht zur Pflegesituation in Düsseldorf und seine Hintergründe ausführlich mit einer Power-Point-Präsentation vor.

Er erläutert die demografische Entwicklung in Düsseldorf. Das Stadtgebiet werde in die Lagetypen Innenstadt, Innenstadtrand sowie Stadtrand eingeteilt. Herr Esterhues stellt die Entwicklung der ausgewählten Altersklassen 60 bis unter 75 Jahre, 75 bis unter 80 Jahre sowie 80 Jahre und älter in den Jahren 2005 und 2011 in den jeweiligen Lagetypen vor. Hier zeige sich unter anderem, dass die Altersklasse der 60- bis unter 75-jährigen Personen von 2005 bis 2011 im Stadtrand um 2.300 gesunken und die Altersklasse der ab 80-Jährigen in diesem Lagetyp um 2.500 Personen angestiegen sei. Weiter geht der Referent auf die Entwicklung der Daten zu Bezieherinnen und Beziehern von Pflegeleistungen nach dem SGB XI in den Jahren 2005, 2007, 2009 und 2011 ein. Er weist darauf hin, dass in der Erfassung der Daten zur Landespflegestatistik zum Pflegegeld durch die nicht korrekte Meldung einer Pflegekasse im Berichtsjahr 2011 Fehler entstanden seien. Dieser Hintergrund müsse bei der Betrachtung dieser Zahlen beachtet werden. Insgesamt zeige sich, dass die Zahl der Leistungsbeziehenden stark ansteige, wobei der zahlenmäßig stärkste Anstieg mit 2.000 Personen, rund 29 Prozent, in Pflegestufe eins erkennbar sei. In Pflegestufe drei sei mit 760 Personen, rund 60 Prozent, der prozentual stärkste Anstieg erfolgt. Diese Betrachtung nach absoluten Zahlen und relativen Werten sei wesentlich, da relative Werte bei kleineren Personengruppen nicht wirklich aussagekräftig seien. Dies zeige sich deutlich bei der Betrachtung der Inanspruchnahme unterteilt nach ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege. Herr Esterhues stellt diese Daten, weiter unterteilt nach den Alterklassen, der Jahre 2005 und 2011 anhand von Balkendiagrammen vor.

Weiter stellt der Referent eine Modellrechnung bis zum Jahr 2025 vor. Die Modellrechnung der Entwicklung der Pflegebedürftigen basiere auf der Prognose der Bevölkerungsentwicklung. Herr Esterhues zieht eine erste Bilanz der Prognose und stellt dar, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Düsseldorf, ausgehend vom Stand 2009, im Rahmen einer Status-Quo-Fortschreibung um knapp 30 Prozent bis zum Jahr 2025 ansteigen werde. Insbesondere im Stadtrandgebiet sei ein besonders starker Anstieg der Pflegebedürftigen zu erwarten. Dies führe unter anderem zu einem Mehrbedarf von rund

1.200 Plätzen in der vollstationären Pflege im Zeitraum von 2011 bis 2025. Bei dieser Prognose seien die Daten des Jahres 2012 fortgeschrieben worden. Abschließend verdeutlicht Herr Esterhues anhand einer Gegenüberstellung der erwarteten Zahl der Pflegebedürftigen und des Pflegepotenzials der Angehörigen den Rückgang dieses Pflegepotenzials. Die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen und der Rückgang des Zusammenlebens der Menschen sei dieser Prognose zugrunde gelegt worden.

Anschließend geht Herr Esterhues auf Fragen der Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer ein.

Bei dem Trend zu ambulanten Wohngemeinschaften handele es sich um eine relativ neue Entwicklung. Daher sei diese noch nicht in die Sozialberichterstattung eingearbeitet worden.

Herr Dölling informiert die Anwesenden, dass es aktuell sechs anbieterverantwortete betreute Wohngemeinschaften mit 61 Plätzen in Düsseldorf gebe. Mit einigen Trägern würden Gespräche über weitere Wohngemeinschaften geführt. Eine Einbeziehung dieser geringen Datenmenge in den Bericht zur Pflegesituation sei nicht aussagekräftig gewesen. Die von Herrn Esterhues dargestellten Bedarfe stellten sowohl ein Potenzial für ambulant betreute Wohngemeinschaften, als auch für vollstationäre Pflegeeinrichtungen dar. Vor dem Hintergrund der landespflegegesetzlichen Vorgaben zur Einzelzimmerquote, die bis 2018 erfüllt sein müssten, sei eher noch mit einer Reduzierung der Platzzahlen in stationären Pflegeeinrichtungen zu rechnen. Somit sei auch unter Berücksichtigung möglicher neuer ambulant betreuten Wohngemeinschaften von einem erheblichen zusätzlichen Bedarf von stationären Pflegeplätzen in den nächsten Jahren auszugehen.

Den Vorschlag, das Pflegepotenzial der Angehörigen zukünftig ebenfalls nach Lage-typen aufzuschlüsseln, nimmt Herr Esterhues auf.

Frau Giersch dankt für die ausführliche Erläuterung des Berichtes zur Pflegesituation in Düsseldorf.

Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage 7 beigefügt.

Der Bericht zur Pflegesituation in Düsseldorf ist als Anlage 8 beigefügt.

Der komplette Bericht kann auf der Homepage der Stadt Düsseldorf unter www.duesseldorf.de/statistik heruntergeladen werden.

6 Modellprojekt „Interventionsstrategien gegen Gewalt in der Pflege“

Frau Dr. Gahr vom Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Düsseldorf berichtet über den Verlauf des bereits in der Sitzung der Pflegekonferenz am 21. November 2012 vorgestellten Projektes.

Sie fasst zusammen, dass es Ziel dieses Projektes sei, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Entstehung von Gewalt in der Pflege ausgerichtet am situativen Kontext in der Praxis zu gewinnen und deren Umsetzung in der Pflegepraxis voranzubringen. Die Entwicklung eines Interventionsansatzes zur Prävention von Gewalt in der Pflege sei gewünscht.

Die Projektarbeit befinde sich derzeit in der ersten von drei Arbeitsphasen. Die Akquise der teilnehmenden Modelleinrichtungen sei abgeschlossen. In der derzeitigen Arbeitsphase der Befragung seien bereits Interviews in zehn Einrichtungen, jeweils eine Befragung in der Leitungsebene und eine weitere Befragung beim Pflegepersonal, geführt worden. Diese geführten Interviews würden zurzeit ausgewertet.

Die qualitativen Befragungen hätten ergeben, dass in den Modelleinrichtungen Handlungs- und Unterstützungsbedarfe, definitorische Probleme, rechtliche Fragestellungen sowie Herausforderungen durch die Pflegebedürftigen selbst und ihre Angehörigen (oftmals Kommunikationsprobleme) thematisiert würden. Das Bewusstsein für unterschiedliche Wahrnehmung von Gewalt in der Pflege, geprägt je nach unterschiedlichem kulturellem, religiösem, sozialem oder geschlechtlichem Hintergrund, sei gegeben. Subtilere Formen, wie ungewolltes Duzen oder Waschen, würden ebenfalls vom Pflegepersonal wahrgenommen. Auch die Problematik von Übergriffen gegenüber dem Pflegepersonal sei thematisiert worden. Wünsche nach Informationsmaterial, Handlungsleitfäden und Schulungen seien deutlich geworden. Die Auswertung der Befragungen fände derzeit statt.

Im Folgejahr sei laut Referentin die eigentliche Arbeitsphase und für 2015 der Abschluss des Projektes geplant. Frau Dr. Gahr kündigt an, die Pflegekonferenz weiterhin über den Verlauf des Projektes zu informieren.

Frau Giersch dankt Frau Dr. Gahr für den Zwischenbericht zum wichtigen Modellprojekt.

Die Folienpräsentation ist als Anlage 9 beigefügt.

7 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 2012

Die Vorsitzende verweist auf den zeitlichen Rahmen der Sitzung und schlägt vor, dass die mündliche Vorstellung des Tätigkeitsberichtes der Heimaufsicht durch Herrn Schuster entfällt. Dieser Bericht werde stattdessen schriftlich dem Protokoll beigefügt.

Die Anwesenden stimmen diesem Vorschlag zu.

Der Bericht von Herrn Schuster ist als Anlage 10 beigefügt.

Der Tätigkeitsbericht steht auf der Homepage der Stadt Düsseldorf auf der Internetseite der Heimaufsicht unter folgendem Link zur Verfügung:

http://www.duesseldorf.de/soziales/pflegebeduerftige/heimaufsicht/taetigkeitsbericht_2012.pdf

6 Bericht aus den Arbeitsgruppen

- AG Patientenüberleitung

Herr Pfeiffer berichtet, dass am 6. November eine Sitzung der Expertengruppe stattgefunden habe. Die Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer hätten von einer hohen Akzeptanz der Patientenüberleitung in Düsseldorf berichtet. Das Verfahren sei breit umgesetzt. Positiv sei ebenfalls, dass Probleme hinsichtlich Freitagsentlassungen stark zurückgegangen seien. Ziel sei nun, unter anderem neue Anbieter über das Verfahren zu informieren und sie einzubinden. Weiterhin müsse auf die Qualität der ausgefüllten Überleitungsbögen geachtet werden.

Die Methoden der Patientenüberleitung in Essen und Düsseldorf hätten laut Herrn Pfeiffer im Rahmen des Bundeskongresses der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen eine positive Resonanz gefunden. Insgesamt erscheint ihm das Klima für die Umsetzung der Methoden der Patientenüberleitung und ihrer Verbesserung in Nordrhein-Westfalen sehr positiv. Düren nehme zum Beispiel als Modellregion am Verfahren doc to doc teil, das allerdings pflegerelevante Daten nicht mit aufnehme, jedoch die Krankenhäuser und Kliniken mit erfasse.

- **AG Pflege in der Gerontopsychiatrie**

Frau Drewling fasst zusammen, dass Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Pflege in der Gerontopsychiatrie in diesem Jahr das Thema der Vermeidung von Fixierungen im häuslichen Bereich sowie die Auswirkungen der geplanten neuen gesetzlichen Regelungen für Menschen mit Demenzerkrankung gewesen seien.

Im kommenden Jahr würden diese beiden Themen, insbesondere die betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenzerkrankung, die Arbeitsgruppe weiter intensiv beschäftigen.

Die Arbeitsgruppe beteilige sich außerdem am Runden Tisch „Palliative Versorgung in Düsseldorf“.

7 Verschiedenes

Frau Giersch kündigt abschließend an, dass die Pflegekonferenz im kommenden Jahr 2014 am 14. Mai und am 29. Oktober, wie gewohnt, um 10 Uhr im Rathaus, Sitzungssaal, 1. Obergeschoss, tagen wird.

Ende der Sitzung: 12:30 Uhr

Giersch

Drewling

Vorsitzende

Schriftführerin

Anlagen